



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/242

17. Oktober 1950

Hinweise  
auf den Inhalt:

Heinemann-Krise geht tiefer	S. 1
Die pazifische Begognung	S. 3
Berlin zieht Bilanz	S. 4

## Eine Krise zieht Kreise

=====

(sp) Jetzt erst, acht Tage nach dem formalen Rücktritt Heinemanns, beginnt die Krise um ihn weitere Kreise zu ziehen und in die Tiefe zu gehen. Immer deutlicher zeigt sich, dass es bei der Trennung des Bundeskanzlers von seinem Innenminister nicht um die Person Heinemann, sondern um das von Adenauer praktizierte autoritäre Führungsprinzip und mehr noch um grundsätzliche Auffassungsunterschiede in der Frage einer deutschen Remilitarisierung innerhalb der Regierungsparteien, bzw. von Kreisen, die ihnen nahestehen, geht. Leider wird auch bei dieser Gelegenheit wieder der betrübliche Tatbestand sichtbar, dass um Erklärungen des Kanzlers ein unerfreuliches Zwielicht bleibt.

Heinemann und Niemöller behaupten weiterhin, der Bundeskanzler habe den Alliierten von sich aus die Bereitschaft einer deutschen Wiederaufrüstung zum Ausdruck gebracht und die Bildung deutscher Divisionen angeboten. Heinemann war in der Lage, zum Beweis seiner Behauptung amerikanische und französische Stimmen anzuführen. In der Tat hat Dr. Adenauer nur davon gesprochen, dass keine Verpflichtungen in dieser Sache eingegangen worden seien; eine Bereitschaftserklärung in dem erwähnten Sinne hat er nicht bestritten. Das ist bisher viel zu wenig beachtet worden. Wieder ist die Methode eines Dementis angewendet worden, das an Kern der Dinge bewusst vorbeiführt, denn es ist nicht anzunehmen, dass ein Mann wie Adenauer den Unterschied zwischen einer Verpflichtung

und einer Bereitschaftserklärung übersieht.

Die Angelegenheit zieht vor allen auch in der evangelischen Kirche immer weitere Kreise. Wie sich aus den pointierten Erklärungen Heinemanns, des Bischofs Dibelius und Niemöller in Frankfurt/M. ergibt. "Christ und Welt" vom Gerstenmaier-Flügel der CDU hat andererseits schon vor einigen Tagen in die Diskussion mit der Feststellung eingegriffen, dass "Heinemann nicht für alle spricht" (wobei zu bemerken wäre, dass Adenauers Rüstungsbereitschaft ganz bestimmt nur von einer verschwindenden Minderheit gebilligt wird) und hat zur Entkräftung der Vorwürfe Niemöllers sich auf die Augsburgische Konfession in ihrem Artikel 16 "von der Polizei und dem weltlichen Regiment" zurückgegriffen. Aber das war vier Tage vor den neuen Erklärungen Niemöllers mit den ganz präzisen Angaben über die Bildung eines Organisationsstabes aus Offizieren der alten Wehrmacht in Würzburg. Was dazu der General Mahlmann berichtend erklärt hat, ist äusserst dürftig und überzeugt absolut nicht.

Auf sozialdemokratischer Seite werden alle diese Vorgänge mit grosser Aufmerksamkeit verfolgt. Gegen viele der in dem seinerzeitigen offenen Brief von Vertretern der Bruderschaft der bekennenden Kirche ausgesprochenen Ideen ist vom sozialdemokratischen Standpunkt aus nichts einzuwenden. Anders ist es mit der Proklamierung einer absoluten Kriegsdienstverweigerung "in der heutigen Lage", ein Zusatz, der schon wieder eine Einschränkung enthält. In diesem Zusammenhang ist an die Feststellungen Dr. Schumachers in Stuttgart zu erinnern: "Wir haben in unserer Politik aus Menschlichkeit und aus der sozialen Notwendigkeit heraus den Friedenswillen zu deklarieren und wir haben nicht die Aufgabe, einfach die Formel des absoluten Pazifismus als eine Lösungsform zu betrachten, mit der wir das Schicksal unserer arbeitenden Menschen und unseres Volkes bewältigen können. Glaubt denn jemand, daß derjenige, der erklärt, Kriege gebe es nicht, weil es sie nicht geben kann, die richtige Lösung gefunden hat?" Das ist ein klarer Standpunkt, der unverändert aufrechterhalten wird.

Um aber auf den Ausgangspunkt der gegenwärtigen Situation, das Verhalten des Bundeskanzlers, zurückzukommen: ganz falsch und völlig ausserhalb seiner Kompetenzen war in jedem Falle, daß Adenauer von sich aus die Initiative ergriffen hat, um ein so entscheidendes Bereitschaftsangebot zu machen. Die Frage nach den weiteren Auswirkungen der offenkundigen Vertrauenskrise um den Kanzler auch in gewissen einflussreichen Kreisen seiner bisherigen Anhängerenschaft wird vermutlich in den nächsten Tagen aus besonderem Anlass erhöhte Bedeutung erhalten,

Die pazifische Begegnung

f. So grotesk es auch klingen mag, Präsident Truman hat bis zur Stunde der Begegnung im Pazifik die bedeutendste und auch umstrittenste Persönlichkeit der amerikanischen Fernostpolitik, den Oberbefehlshaber der Alliierten Mächte in Japan und der Streitkräfte der Vereinten Nationen im koreanischen Krieg nicht persönlich gekannt. MacArthur hat seit 1937 den Boden der Vereinigten Staaten nicht mehr betreten.

Man sieht sich der Präsident und der General in einer wichtigen Entwicklungsphase der amerikanisch-asiatischen Beziehungen begegnet. Von den vielen Begegnungen der Nachkriegsjahre gehört die im Pazifik zu den wenigen, bei denen die Chance des Erfolgs von vornherein klar war. Damit ist nicht gemeint, dass es in diesem Falle leicht gewesen sei, zu einem Ergebnis zu kommen, weil der eine Gesprächspartner, der General, dem anderen als dem Staatsoberhaupt und Obersten Befehlshaber klar untergeordnet war. So einfach liegen die Dinge nicht! Gewiss, im Ernstfalle hätte der Befehl an die Stelle der Mühe des Überzeugens treten können. Aber Truman kannte die mächtige politische Gefolgschaft des siegreichen Generals zu gut, um auf eine so billige Weise einen Triumph zu suchen.

Man wird sehr spät erst erfahren, wie die Besprechungen verlaufen sind. Bald aber wird man sehen, welche Ergebnisse sie gehabt haben. Man wird es an dem Kurs ablesen können, den Washington in der Fernostpolitik, nicht nur in der Koreafrage, einschlagen wird. Es hat keinen Sinn, sich darüber hinwegtäuschen zu wollen, dass MacArthur und Truman zwei verschiedene Auffassungen über die amerikanische Asienpolitik vertreten. Wenn man eine "schreckliche Vereinfachung" um der Klarheit willen nicht scheuen will, könnte man sagen, dass der General in der Politik der harten Hand, der Präsident mehr in einer Politik der wirtschaftlichen Hilfe im Sinne des Punkt Vier-Programms - bei aller Entschiedenheit in der koreanischen Frage allerdings - die Lösung der amerikanischen Asien-Probleme sieht.

Wenn auch der Hauptteil der kurzen Besprechung der Zukunft Koreas gewidmet war, der auf lange Sicht bedeutendere Teil des Problems bezog sich auf das umfassendere Problem: wie das in einem un-

geheuren Wandel befindliche Asien davor bewahrt werden kann, den Weg Chinas zu gehen.

Man täte General McArthur unrecht, wollte man ihm unterstellen, dass er wünsche oder auch nur glaube, dieses Problem mit militärischen Mitteln lösen zu können. Er hat in Japan mit viel Geschick schwierige politische Probleme gelöst - man denke an die Kaiser-Frage. Aber ausserhalb des japanischen Bereiches hat er politisch keine glückliche Hand gezeigt. Seine betonte Freundschaft mit Tschiang-Kai-Schek und Syngman Rhee mag als ein Zeichen menschlicher Loyalität begrüssenswert sein, sie ist politisch verhängnisvoll. Das Argument, seine persönliche Bindung an diese Männer sei unerheblich, da er als Soldat die Befehle des Weissen Hauses auszuführen habe, ist gefährlich irreführend. Sein Besuch auf Formosa, der Zwischenfall mit der Botschaft an den amerikanischen Frontkämpferbund, die Art, wie er dem geschlagenen Syngman Rhee erlaubt hat, die Wiederkehr in seine Hauptstadt zu einer Art Inthronisierung zu machen, das alles hat gezeigt, dass McArthur innerhalb der Grenzen seiner militärischen Aufgaben sehr wohl hohe Politik zu betreiben imstande ist.

In jedem Fall aber läge auf dem Wege McArthurs eine zu starke Verstrickung Amerikas in den turbulenten Wandel Asiens mit all seinen völlig unberechenbaren Möglichkeiten. Truman, Acheson und Marshall sind nicht gewillt, die nicht unerschöpflichen Kräfte Amerikas auf Kosten Europas von Asien allzustark absorbieren zu lassen. Es handelt sich für Washington darum, den Weg zu einer fruchtbaren Asienpolitik bei klarem Vorrang der amerikanischen Europapolitik zu finden. Hier dürfte das schwierigste Problem liegen, das Amerika seit seinem Aufstieg zur ersten Weltmacht zu lösen hat.

#### B e r l i n z i e h t B i l a n z

F.T., Berlin, im Oktober

Während die Bevölkerung der Ostzone zur "Wahl"-Urne getrieben wurde, zogen die Berliner die Bilanz der Deutschen Industrieausstellung. Es war mit 1.110.000 Besuchern die seit Kriegsende bestbesuchteste Ausstellung. Berlin habe seine Bedeutung als Messestadt wiedererlangt, so wurde kommentiert. Aber noch trefflicher gelungen betrachtet man die politische Seite der Ausstellung. 455 000 Besucher, also rund 40%, kamen aus dem sowjetischen Machtbereich. Allein am 7. Oktober,

dem Jahrestag der Sowjetzonenrepublik, der in sowjetischen Machtbereich feierlich begangen werden musste, kamen 85 000 und am 15. Oktober, dem Tag des ostzonalen Wahlbetruges, 50 000 aus dem Osten zur Industrieschau. Diese Zahlen sind ein unwiderlegbarer Beweis für das Denken der Menschen, die gezwungen sind, in Unfreiheit zu leben.

Die politische Breitenwirkung, die diese Schau zu erreichen vermochte, ist in vollem Umfange noch nicht abzuschätzen. Nicht nur, daß Personen aus der ganzen westlichen Welt durch diese Schau veranlasst wurden, nach Berlin zu kommen, um sich von der Bedeutung dieser Stadt zu überzeugen, wurde auch Politikern und Staatsmännern der Bundesrepublik wieder einmal Gelegenheit gegeben, Berliner Luft zu atmen und sich vom Geiste der Berliner zu überzeugen. Die Haltung der Berliner wurde durch die vom Westmagistrat in die Wege geleitete Abstimmung im Ostsektor für freie und geheime Wahlen in ganz Berlin noch unterstrichen. Obwohl bereits viele ihren Stammabschnitt von der Septemberlebensmittelkarte, der als Wahldokument bestimmt wurde, nicht mehr besaßen, kann gesagt werden, daß eine Mehrheit sich für freie und geheime Wahlen in ganz Berlin ausgesprochen hat.

Der Westen hat erkannt, daß es einfach nicht mehr genügt, die von den Kommunisten täglich verbreiteten Lügen zu widerlegen, ihre frivol erhobenen Anschuldigungen richtigzustellen und sich gegen kommunistische Drohungen zu sichern. Das Ringen zwischen Totalitarismus und Demokratie kann nur gewonnen werden, wenn die Demokraten zum Angriff übergehen, wenn sie die Auseinandersetzung so weit wie möglich in den Machtbereich des Gegners vortragen. Damit wurde jetzt in Berlin der Anfang gemacht. Dieser Anfang hat in Kreisen der Pankower Regierung sichtbare Nervosität, Unsicherheit und Panik erzeugt, wie die Vorgänge beweisen, die den sowjetzonalen Wahlschwindel umrahmten.

Berichtigung:

Die Tagung der Sozialen Arbeitsgemeinschaft in Bonn findet nicht, wie im gestrigen Dienst irrtümlich angegeben am 30. ds., sondern am 31. Oktober statt. Wir bitten, das Versehen zu entschuldigen.

D.Red.

+ \* + \* +

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt